

MARGIT OZVALDA*

Sprach- und Sprachenpolitik der EU: Planung, Praxis und Prognosen¹

1. EINLEITENDE BEGRIFFSKLÄRUNG: SPRACH- UND SPRACHENPOLITIK, LANGUAGE POLITICS, LANGUAGE POLICY

Oft bezeichnen die beiden Begriffe „Sprachpolitik“ und „Sprachenpolitik“, um die es in diesem Artikel geht, dasselbe. In der Fachliteratur zu diesem Thema jedoch werden die beiden oftmals unterschieden: Sprachpolitik gilt als politisch reglementierte Sprachverwendung, wofür Nomenklaturbestimmungen diktatorischer Regimes, aber auch die Bemühungen im heutigen Frankreich als Beispiel dienen. Die aktuelle französische Sprachpolitik zielt vor allem darauf ab, den Gebrauch von Fremdwörtern, und besonders von Anglizismen in der französischen Sprache gesetzlich zu unterdrücken (*Loi BAS-LAURIOL 1975, Loi TOUBON 1994*).

Sprachenpolitik hingegen beschäftigt sich mit dem Status und der gesellschaftlichen Funktion von Sprachen. Diese beiden Konzepte überlappen und bedingen einander natürlich gegenseitig. Auch in diesem Artikel ist die Grenze zwischen den beiden fließend; die Abhandlung tendiert allerdings eher zur Darstellung der offiziellen Bedingungen des Amtssprachengebrauchs, was allerdings Beobachtungen über den Status und das Prestige nach sich zieht.

Während im Deutschen die Fragen eher um den ersten Teil des Begriffs, d.h. Sprache in der Einzahl oder in der Mehrzahl (*Sprachen*) kreisen, ergibt sich im

* Universitätsassistentin am Institut für Englische Wirtschaftskommunikation, Wirtschaftsuniversität Wien (WU).

¹ Dieser Artikel ist die schriftliche, erweiterte Version des am 11. 4. 2005 anlässlich der *Tage der österreichischen und deutschen Kultur* gehaltenen Vortrags.

Englischen ein anderes Begriffspaar, das ebenfalls wert ist erläutert zu werden, da es in der Literatur und auch für meine Abhandlung hier relevant ist, weil es – zusammen mit dem oben erwähnten Begriffspaar – die Struktur des Essays vorgibt: *Politics* bezieht sich auf Theorie und Planung, *policy* bezeichnet die Umsetzung des Geplanten.

Unter dem Gesichtspunkt der Planung¹ sollen hier zuerst die für die Sprachpolitik der EU wesentlichen Verträge und Dokumente, die den Status festlegen und reflektieren, den Sprache und Sprachen für die EU haben. Auf diesen Abschnitt folgen einige wichtige Aspekte des Sprachgebrauchs. Anhand von Anekdoten und Zahlenmaterial² werden der Sprachgebrauch in den offiziellen Institutionen der Europäischen Union, Dolmetscher- und Übersetzerdienste und die damit verbundene Terminologiarbeit innerhalb der EU, sowie die für alle EU-Bürger angestrebte Spracherziehung und Sprachkompetenz dargestellt.

An diese Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes anknüpfend werden mögliche Szenarien für den künftigen Sprachgebrauch vorgestellt. Auf die vorher geschilderte Umstände der Sprachpolitik und des Sprachgebrauchs folgen schließlich allgemeine Schlüsse über den Wert der Sprache und der Sprachen für die EU, bzw. welchen Status sie für einen primär wirtschaftlichen und teilweise politischen Zusammenschluss von Staaten überhaupt haben können.

2. SPRACHENSTATUS UND SPRACHENPLANUNG: DOKUMENTE UND VERTRÄGE DER EU

Nicht nur die Menge der von der EU produzierten Dokumente ist beeindruckend, sondern auch die unterschiedlichen Kategorien von Dokumenten mit unterschiedlicher rechtlicher Tragweite, wie die folgende kleine Auswahl der für die Sprachen wesentlichen Typen belegt:

- Berichte: Sie werden zuerst vom zuständigen Ausschuss angenommen und dann dem Plenum zur Beschlussfassung vorgelegt.
 - Verordnungen (regulation): sind bindendes EU-Recht
 - Richtlinien (directive): ebenfalls bindendes EU-Recht, allerdings bleibt den Mitgliedsstaaten das Recht Mittelwahl bei der Umsetzung und Integration in nationales Recht. Sie gelten daher als weniger strikt als eine Verordnung.
- Die beiden letzteren gehen über das Regelwerk der EU klar hinaus und sind multinationaler bzw. völkerrechtlicher Natur.
- Chartas: grundlegende Urkunden des Staats- und Völkerrechts
 - Verträge: verbindliche Übereinkünfte zwischen souveränen Staaten (und internationalen Organisationen)³

¹ Für weitere Begriffsdefinitionen wie Status- und Korpusplanung, linguistic ecology, Sprachmanagement etc. siehe Spolsky 2004: 5-10; Busch und de Cillia 2003.

² Die statistischen Erhebungen sind teilweise an die zehn Jahre alt und daher nur mit Einschränkung für heute gültig. Es kann allerdings angenommen werden, dass die Tendenzen sich fortgesetzt und eher verstärkt haben.

³ Vgl. http://www.europarl.eu.int/guide/search/docsearch_de.htm, http://en.wikipedia.org/wiki/EU_directive, <http://law.web-tomorrow.com/twiki/bin/view/Main/EULaw> (7. September 2005).

Die zwecks größerer Übersichtlichkeit in der folgenden Tabelle angeführten Ereignisse und damit verbundenen Sprachregelungen fallen in diese unterschiedlichen Kategorien, sind daher von unterschiedlicher Wertigkeit. Die wesentlichsten Dokumente bezüglich der Sprachenpolitik der EU werden anschließend an die *Tabelle 1* noch im Einzelnen (auszugsweise) zitiert und erörtert.

Tabelle 1
Zeittafel: Wichtigste Dokumente und Verträge der EU,
Aussagen zur Sprachenpolitik betreffend¹

Jahr	Politische Ereignisse	Sprachregelungen
1951	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet	Vertrag von Paris (Kohl- und Stahlgemeinschaft); nur in Englisch und Französisch verbindliche Verträge)
1957	Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande unterzeichnen die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)	Entwicklung einer europäischen Dimension im Bildungswesen durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedsstaaten: Artikel 149 des Gründungsvertrags
1958	Die Römischen Verträge treten in Kraft. Zwei länderübergreifende Organe geschaffen: Gerichtshof und Parlamentarische Versammlung	Offizielle Sprachen der damaligen Mitgliedstaaten (Deutsch, Französisch, Italienisch, Niederländisch) als gleichberechtigte Amts- und Arbeitssprachen anerkannt: Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage als Richtlinie für weitere sprachpolitische Aktivitäten der Gemeinschaft
1982	<i>Nyborg-Bericht</i>	Demokratischer Multilingualismus bestätigt
1992	Die Außen- und Finanzminister der Mitgliedstaaten unterzeichnen in Maastricht den <i>Vertrag über die Europäische Union</i> . Zielsetzung: stärkere Integration der Unterzeichnerstaaten im außen- und sicherheitspolitischen sowie im wirtschaftlichen Bereich (Wirtschafts- und Währungsunion, Aufhebung der Binnengrenzen, etc.). Die kulturelle und sprachliche Vielfalt der damals 15 Staaten soll respektiert werden.	Jedem EU-Bürger wird das Recht zugestanden, den Schriftverkehr mit allen Institution der EU in seiner eigenen Sprache abzuwickeln. Charta der Regional- und Minderheitensprachen am 5.11.1992 vom Europarat (der nicht zu den EU-Organen zählt), verabschiedet; wird für die europäische Sprachenpolitik richtungweisend.

¹ Adaptiert nach <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/rom2/sprachpolitik/eu/vertraege.htm> und http://europa.eu.int/abc/history/index_de.htm# (4. April 2005).

2000	Die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates und der Kommission proklamieren am 8.12.2000 feierlich die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	Artikel 22 der Charta der Grundrechte betont Achtung der Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen; verbietet Diskriminierung einzelner Sprachen
2001	Vertrag von Nizza: Änderung des Vertrags über die EU (tritt 2003 in Kraft)	Das Europäische Jahr der Sprachen
2002	12 Mitgliedstaaten führen eine gemeinsame Währung ein: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien	Am 26.09.2002 findet der erste Europäische Tag der Sprachen statt. Jedes Jahr sollen an diesem Tag aktuelle Fragen zum Thema ‚Sprache in Europa‘ diskutiert werden
2004	Bisher umfangreichste Erweiterung. 10 neue Mitgliedstaaten – Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik und Slowenien (insgesamt über 100 Millionen Menschen) treten der EU bei.	Erhöhung der Amts- und Arbeitssprachen auf 20.

Die Römischen Verträge von 1957, wie der Gründungsvertrag auch genannt wird, enthalten nur eine allgemeine Anti-Diskriminierungsklausel: „(1) Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, daß sie die Tätigkeiten der Mitgliedsstaaten ... unter ... Beachtung ... der **Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen** erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“¹

Weiters finden sich an sprachpolitischen Aussagen noch „rules governing the languages“, die vom Rat der Gemeinschaft einstimmig festzulegen sind („be determined by the Council acting unanimously“). Ein Jahr später, 1958, kommt es zur Umsetzung der Vertragsklauseln in der *Verordnung Nr.1*, deren erster Artikel die ursprünglichen Amtssprachen nennt (was natürlich mit jeder Erweiterungswelle ebenfalls ergänzt wird; siehe Abschnitt 4.), und – als Novum in internationalen Gemeinschaften² – die Gleichung Amtssprache = Arbeitssprache festlegt: „(1) Die **Amtssprachen und die Arbeitssprachen** der Organe der Gemeinschaft sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch.“

Dieser idealen Regelung folgt in Absatz 6 die Anerkennung der Realität, d.h. dass diese Gleichsetzung im Alltag der Arbeitssitzungen nicht praktikabel sein könnte. Aus diesem Grund kommt es folgender pragmatischer Regelung: „(6) Die Organe der

¹ Römische Verträge: Artikel 149 d. Gründungsvertrags, Hervorhebung der Autorin.

² Schloßmacher 1997:22.

Gemeinschaften können in ihren Geschäftsordnungen festlegen, wie diese Regelungen der Sprachenfrage im einzelnen anzuwenden ist."

Den einzelnen Organen wird also die Entscheidung überlassen¹, mit der Ausnahme der Europäischen Gerichtshof, für den die Regelung „Amtssprachen+1 (Irish)" zur Anwendung kommt. Wie diese Entscheidungen der einzelnen Organe ausgefallen sind, wird in Abschnitt 3 illustriert. Es beginnt sich also schon in den späten Fünfzigerjahren des vorigen Jahrhunderts das Grunddilemma abzuzeichnen: zwischen prinzipieller Gleichheit der Sprachen und dem Bewusstsein, dass eine Auswahl aus praktischen Gründen doch zu treffen sein wird.

1982 gelangt der so genannte Nyborg-Bericht² zu dem Schluss, dass Vielsprachigkeit und Gleichheit aller offiziellen Sprachen am demokratischsten sei, was der Union oftmals als (vor allem außenpolitische) Schwäche ausgelegt wird: Sie soll schließlich mit „one voice, aber in vielen Sprachen" sprechen. Der Bericht enthält aber auch einen Vorschlag zu möglichen Arbeitssprachen: Englisch, Französisch, und Spanisch.

Wenn wir nur zwei weitere Dokumente ansehen, so wird schon klar, wie sich der Bogen zwischen 1958 und 2000 spannt: Vielfalt ist das Motto; sprachlicher Pluralismus oder „demokratischer Multilingualismus" ist also zu fördern. Das ist schon das Ergebnis des Nyborg-Berichts von 1982, und steht auch wieder in der Charta der Grundrechte der EU von 2000:³ „Die Union achtet die **Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.**"⁴

Interessant vielleicht noch das Maastricht-Abkommen von 1992, das bezüglich Sprache und Sprachwahl den EU-Bürgern das Recht einräumt, in ihrer Sprache mit den Institutionen der EU Kontakt aufzunehmen und in der gewählten Sprache Antwort zu erhalten. De facto ist das aber meistens Englisch.

An mündlichen offiziellen Stellungnahmen zur Sprachenpolitik mangelt es ebenfalls nicht: 1995, während der französischen Präsidentschaft, wird „linguistische Sklerose"⁵ diagnostiziert, gegen die etwas zu unternehmen ist: Es solle nur fünf Arbeitssprachen geben (was vor allem Proteste Griechenlands nach sich zieht, da Griechisch darunter nicht vertreten ist). Abseits der administrativen Ebene wird Trilingualismus in der Erziehung der EU-Bürger angestrebt⁶. 1999 unter der fin-

¹ Siehe etwa die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments (Art. 22 §8); <http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//TEXT+RULES-EP+20040720+RULE-022+DOC+XML+Vo//DE&HNAV=Y> (7. September 2005).

² Benannt nach dem Tagungsort in Dänemark. Sh. zu dieser Benennungspraxis der EU: „The tower of babble".

³ Auf die Charta der Regional- und Minderheitensprachen möchte ich hier aus Platzgründen nicht näher eingehen. Nur soviel sei gesagt: seit 1981 gibt es mehrere Beschlüsse über den Status der Minderheitensprachen und 40 Mio. der EU-Bürger sprechen Minderheitensprachen. Sh. auch zur Problematik des Minderheitenstatus Phillipson und Skutnabb-Kangas 1997: 28, 31.

⁴ Charta der Grundrechte, Art. 22, Hervorhebung der Autorin.

⁵ Die Gleichsetzung der Vielsprachigkeit mit einer Krankheit taucht eher selten in der Behandlung der EU-Sprachenfrage auf (andere Bilder wie der Turmbau zu Babel siehe Abschnitt 5). Interessant, dass gerade diese Krankheit gewählt wurde, deren Verlauf mit Funktionsverlust durch Nervenentzündung einhergeht und zu Seh- und Empfindungsstörungen und letztendlich zu Lähmung führt.

⁶ Phillipson 2001:2.

nischen Präsidentschaft wird dann eine „3+1 (Gastland)“ Regel für die Arbeitssprachen propagiert, was zugunsten der deutschen Sprache (nach Auseinandersetzung mit Deutschland) ausfällt, aber auch den Ausschluss von Spanisch und Italienisch bedeutet. Offiziell umgesetzt wird keiner der Vorschläge, wenn auch die Praxis in die Richtung der 3+1-Lösung zu gehen scheint.

Die 2004 neuhinzugekommenen EU-Mitglieder haben sich relativ bedeckt gehalten in der Sprachendebatte. Sie sind vermutlich zufrieden mit dem Status der offiziellen Sprache, der zugleich den Status der offiziellen Arbeitssprache nach sich zieht, wie sich aus den Protokollen über die Beitrittverhandlungen mit den ungarischen und polnischen Vertretern schließen lässt (diese werden bei PHILLIPSON 2001 erwähnt)¹. PHILLIPSON, der ja dem Trend zur Anglizierung weltweit und zur Anglizierung und Französisierung innerhalb der EU mehr als kritisch gegenübersteht, nimmt an, dass die neuen Mitglieder eben stillschweigend davon ausgegangen sind, den gleichen Status wie die „alten“ Mitglieder zu erhalten² bzw. meiner Meinung sich ebenso stillschweigend damit abgefunden haben, nicht besser als die meisten „kleinen“ Sprachen der alten EU-Mitglieder gestellt zu sein.

Zusammenfassend entsteht der Eindruck, dass die Sprachdebatte nie an der Spitze der Tagesordnung zu finden ist – die EU ist eben primär kein Sprachpflegeverein, aber dennoch finden Sprachen immer einen Platz in den wesentlichen Dokumenten der EU, und sei es nur in allgemein gehaltenen Absichtserklärungen und Gleichheitsbeteuerungen.

3. SPRACHGEBRAUCH INNERHALB DER EU-ORGANE

Der tatsächliche Sprachgebrauch soll anhand der folgenden Themen aufgerollt werden: Übersetzen und Dolmetschen, Terminologie, Spracherziehung der EU-Bürger, und, nur am Rande hier erwähnt, der Minderheitenschutz.^{3,4}

Amtssprachen sind also alle 20 Sprachen der EU (weil alle EU-Rechtsakte für jeden Bürger gelten und auch von ihm verstanden werden müssen, das Amtsblatt erscheint daher in allen 20 Sprachen). Die Arbeitssprachen werden von jedem EU-Organ eigenständig festgelegt (sh. Verordnung Nr.1, wie unter Abschnitt 2 zitiert), was zur Herausbildung von faktischen, aber nicht allgemein deklarierten Arbeitssprachen führt. Die Sprachenfrage wird also von den einzelnen Organen selbst geregelt und muss in den jeweiligen Geschäftsordnungen festgelegt werden.

Im Ministerrat etwa liegen die Schriftstücke in der Regel in allen Sprachen vor. Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs und bei Kommissionssitzungen wird aus allen in alle Sprachen gedolmetscht; bei informellen Treffen werden Englisch, Französisch, die Sprache der amtierenden Ratspräsidentschaft und seit 1995 (fast durchgängig) auch Deutsch als Arbeitssprache benutzt, was also der Festlegung

¹ Wurden aber nicht im Wortlaut angegeben oder von mir gesehen.

² Phillipson 2001:3.

³ Unterteilung abgewandelt nach Coulmas 1991:4.

⁴ Es gibt innerhalb der EU neunzig anerkannte Regional- u. Minderheitensprachen: Katalanisch, Bretonisch, Friesisch, Friulanisch, (Schottisch-)Gälisch, Walisisch, Sorbisch, Ladinisch, Roma, etc. Zur weiteren Information sei der EUROMOSAIC-Bericht 1992/93 empfohlen. Der Link dazu findet sich im Literaturverzeichnis.

unter der finnischen Präsidentschaft (von 1999) entspricht. Die Kommission gebraucht Deutsch, Englisch und Französisch als interne Arbeitssprachen (meist auch nur Englisch und Französisch, wobei Französisch intern noch bevorzugt wird, was auch die umfangreichste Studie zum Thema¹ bestätigt). Kommissions-Mitarbeiter werden bei Bedarf in einer eigenen Sprachschule unterrichtet.

Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlamentes sieht vor, dass alle Schriftstücke in allen Amtssprachen abzufassen sind. Bei Sitzungen wird in alle Amtssprachen simultan gedolmetscht, da die Sitzungen des Europäischen Parlamentes öffentlich zugänglich sind. Theoretisch kann die Zahl der Sprachen geändert werden: Dolmetschen in Minderheitensprachen wie Baskisch, Katalanisch etc. sind in Plenar- und Ausschusssitzungen möglich.

Die Prozentanteile der Originalsprachen der Dokumente sind wie folgt: 44% Französisch, 36% Englisch, 6% Deutsch, 5% mehrsprachig, je 2% Niederländisch, Italienisch und Spanisch. Alle anderen Sprachen liegen um die bzw. unter 1%.² Diese Situation dreht sich dann ab Mitte der 1990er für die am meisten verwendeten Sprachen um: PHILLIPSON (2001:3) nennt für 1997 folgende Zahlen: 45,3% in Englisch verfasste Texte, 40,4% in Französisch. Er nennt diese beiden „Default-Sprachen“ (also Standardvarianten), mit denen auch die britische und französische Auffassung von Bürokratie transportiert wird.

Für die mündliche Verwendung steht Mitte der Neunzigerjahre noch Französisch an der Spitze in den meisten Kategorien. Diese detailreiche Bestandsaufnahme von SCHLOßMACHER (1997) mit Daten von 1995, entspricht freilich zehn Jahre später nicht mehr ganz den Tatsachen und dem Empfinden der EU-Beamten, etwa dem des Vertreters der Außenstelle der Europäischen Kommission in Warschau, BRUNO DETHOMAS: Seiner Einschätzung nach sind mittlerweile 70% aller Dokumente, die auf seinem Schreibtisch landen, in Englisch. Nennt er für 1995 noch Französisch als die einzige mündliche Arbeitssprache innerhalb der Kommission, so hat sich das auch seither zugunsten von Englisch verändert („The galling rise of English”).

Die Europäische Union verfügt über den größten Sprachenservice der Welt, auf das 0,8% des Gesamtbudgets (1999 fast 86 Mrd. Euro betragend) verwendet werden. Einige weitere Zahlen helfen diesen Stellenwert weiter zu verdeutlichen, wobei hier als Ausgangspunkt verschiedene Budgets dienen, was den Vergleich etwas erschwert. Innerhalb der Kommission werden 3% (2002/03 ca. 325 Mio. EUR) des Betriebskosten-Teilbudgets der Kommission auf 15% der Kommissionsangestellten, die übersetzen und dolmetschen, aufgewendet. Das entspricht 0,43% des Gesamtbudgets der Kommission.³ Eine andere Quelle⁴ nennt 2-3% des EU-Gesamtbudgets, wenn es um die Kosten für die Sprachservices aller Organe (Parlament, Rat, Gericht) geht. Die absoluten Zahlen für alle EU-Organe schwanken allerdings zwischen 700 Mio. EUR und 1,8 Mrd. EUR. Der Gemeinsame Dolmetscher- und Konferenzdienst (SCIC) selbst spricht von Betriebskosten von 105 Mio. Euro, was umgerechnet 28 Eurocent pro Bürger pro Jahr entspricht (Stand Jänner 2003). Wichtig für die letzte Erweiterungswelle 2004 sind auch noch die

¹ Schloßmacher 1997, mit Daten von 1995.

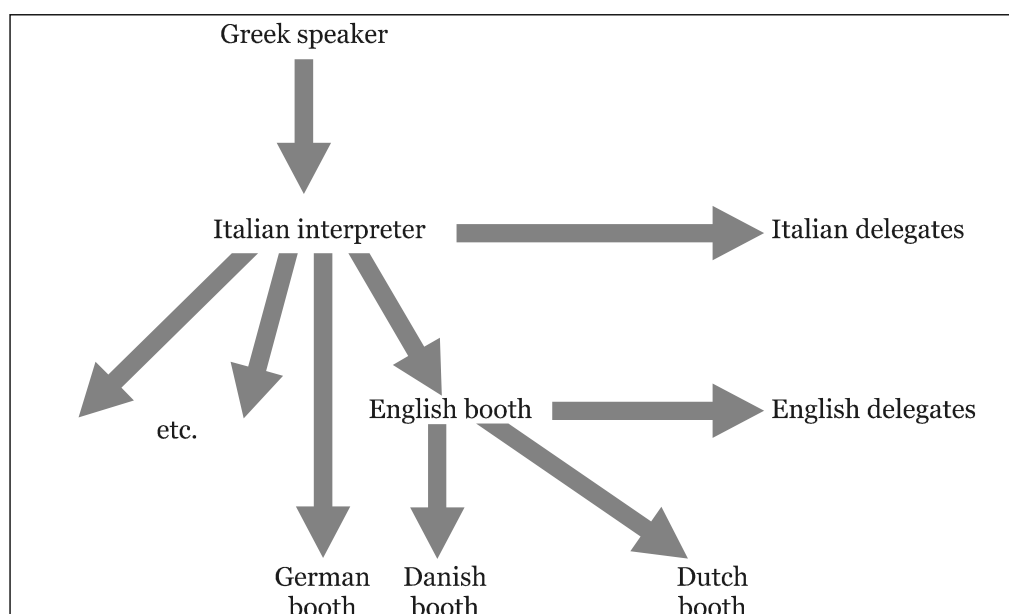
² Dollerup 1996:30.

³ Truchot 2003: 109.

⁴ Le Monde 1999; ebenfalls bei Truchot 2003: 109.

Prognosen des SCIC: Für jede neue Sprache wird der Personalaufwand um 15-40 Dolmetscher steigen, und die Gesamtkosten um 20-50%.¹ FILZMOSE (2002) schließlich bezog sich auf die damals veröffentlichten Daten des SCIC, die da waren: Übersetzen von 1.200.000 Seiten pro Jahr, 0,8% des Budgets der EU, und 2 Euro pro EU-Bürger pro Jahr. Hier dürften die Werte aufgrund der Zunahme der EU-Bevölkerung um rund 100 Mio. Menschen gefallen sein, und nicht aufgrund von weniger Ausgaben.²

Auf sprachlicher Seite stehen den finanziellen Angaben folgende kombinatorische Überlegungen gegenüber: Es gilt, 20 Sprachen abzudecken, was 380 potentielle Kombinationen bedingt. Es wird immer im Team gedolmetscht; beim Dolmetschen von 9 aus 9 Sprachen werden im Dreierteam schon 27 Dolmetscher benötigt; ab 15 Sprachen Fünferteams, was den Personalaufwand auf insgesamt 75 Dolmetscher erweitert. Diese Teams von 3-5 Dolmetschern werden am stärksten beim Ministerrat beansprucht. Dem idealistischen Anspruch, aus allen Amts- und Arbeitssprachen in alle Sprachen dolmetschen zu können, kann in der Praxis aufgrund mangelnder Übersetzer für „exotische“ Sprachkombinationen (etwa Lettisch – Portugiesisch) nicht immer Genüge getan werden. Es kommt ein Relais-Modell zum Einsatz, das sich einer oder mehrerer Verbindungssprachen bedient, wie *Abbildung 1* zeigt.



Figur 1
*Relais-Modell*³

¹ http://europa.eu.int/comm/scic/thescic/mission_de.htm (8. September 2005).

² Filzmoser 2002: 9.

³ Quelle: Dollerup 1996: 33.

Das Dolmetschen über das Medium der Verbindungssprache Italienisch in diesem Fall hat neben dem positiven Hauptaspekt, dass keine Dolmetscher für eine Direktübertragung Griechisch-Dänisch bzw. Griechisch-Niederländisch gesucht werden müssen, einige negative Seiten: Es kommt erstens einmal leichter zu Übersetzungsfehlern oder auch nur Ungenauigkeiten beim Umweg über die dritte Sprache Italienisch (in diesem Fall). Vor allem, wenn die Übersetzer ungenau verstehen oder auch die Redner sich ungenau ausdrücken (und Ausdrücke, die nicht der jeweiligen Standardsprachversion entsprechen, verwenden). Dieser Ungenauigkeit wurde übrigens vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission mit einer Kampagne („Fight the FOG“¹) Rechnung getragen, die bestehende Texte in leichter verständliche Texte umarbeitet.

Ebenfalls nachteilig wirkt sich die unvermeidliche Zeitverschiebung aus, die vor allem bei pragmatischen Eigenheiten (z. B. Ironie, Humor etc.) zu mehr oder weniger ersten Problemen in der Kommunikation führen kann, wie die folgende Anekdote belegt: Ein Redner erzählte einen Witz am Anfang seines Redebeitrags, und erinnerte, sicherlich taktisch etwas ungeschickt, dann an einen verstorbenen Kollegen – was die Zuhörer mit Gelächter quittierten, da die Dolmetscher noch nicht mehr als den Witz übersetzt hatten und das Auditorium erst diesen gehört und verstanden hatte:² *A speaker once began with an anecdote, and then mourned a dead colleague – to be met by a gale of giggles, as listeners got his joke.* Dieses Phänomen der Verzögerung trifft allerdings aufs Dolmetschen im Allgemeinen und nicht nur via Relais-Sprache zu.

Es gibt freilich auch wirtschaftlich-finanzielle Vorteile des bestehenden Systems zu nennen: es schafft Arbeitsplätze für Übersetzer und Dolmetscher, die wiederum vermehrt und qualitativ immer höherwertige Übersetzungen für einen immer größer werdenden Absatzmarkt liefern.³

Für Übersetzer stehen folgende Hilfsdienste zur Verfügung:

- AVIMA (Avis de marché);
- SYSTRAN (System Translation);
- EURODICAUTOM.

Die beiden erstgenannten, AVIMA und SYSTRAN, sind maschinelle Übersetzungsverfahren. AVIMA dient der raschen Bekanntmachung von Ausschreibungen, was für Englisch und Französisch schnell und für Deutsch etwas weniger schnell funktioniert. SYSTRAN existiert seit 1976, und ist gut für von der Kommission im „Euro-Jargon“ erstellte Texte geeignet, geht aber ebenfalls von Englisch und Französisch aus. In beiden Fällen müssen die Texte natürlich noch händisch nachbearbeitet werden. EURODICAUTOM ist eine mehrsprachige Datenbank, die seit 1973 besteht und in der Fachbegriffe elektronisch abrufbar. Auch die Datenbank ist bei englischen, französischen und deutschen Begriffen am weitesten entwickelt.⁴

Trotz (und teilweise auch wegen) der Hilfsmittel gibt es noch immer Verzögerungen, vor allem bei Texten und Dokumenten, die nicht in den drei großen EU-Sprachen vorliegen. Es stellt sich auch die Frage, warum man auf die Texte

¹ *Fog*, Nebel, steht für umständlich und unklar formulierte Texte, für die Filzmoser (2002: 11) ein Beispiel bietet.

² „I understand, up to a point“; Dollerup 1996: 34.

³ Filzmoser 2002: 12.

⁴ Schloßmacher 1997: 141.

überhaupt noch in etwa der griechischen Version warten soll, wenn das französische Original vorliegt, oder das Original schon ins Französische übertragen wurde und wenn die Besprechung darüber hinaus auch noch in Französisch stattfindet.

4. MEHRSPRACHIGKEIT IN DER EU: IST- UND SOLL-ZUSTAND

Für das Europäische Jahr der Sprachen (2001) wurde 2000 schon die EUROBAROMETER-Studie 54 „Europäer und Sprachen“ in Auftrag gegeben. Fast 16 000 Personen aus den damaligen 15 EU-Staaten wurden u.a. zu den folgenden fünf Schwerpunkten befragt:

- Fremdsprachenkenntnisse und deren Nützlichkeit;
- Verwendung von Fremdsprachen;
- Erwerb- bzw. Verbesserungsmöglichkeiten;
- Spracherwerbsmotivation;
- Bedeutung des Sprechens einer Fremdsprache.

Es wurde bei der Studie herausgefunden, dass 53% eine europäische Fremdsprache sprechen; 26% zwei Fremdsprachen. Meistens handelt es sich bei der Fremdsprache um Englisch (41%); als erste Fremdsprache wird es von 32,6% der Befragten angegeben; Französisch lag bereits abgeschlagen bei 9,5%, Deutsch gar nur mehr bei 4%. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werde ich nur Durchschnittswerte für alle Länder und für die erste Fremdsprache wiedergeben.

72% halten diese Fremdsprachenkenntnisse für nützlich, wobei 32,5% meinen, Englisch werde in ihrem Land gut gesprochen – wobei die Frage, was unter „gut“ zu verstehen ist, offen bleibt. Die Motivationsfaktoren für das Erlernen sind Reisen ins Ausland (47%), persönliche Befriedigung/Zufriedenheit (37%) oder das Gespräch mit ausländischen Geschäftspartnern, Freunden oder Familienmitgliedern (insgesamt 26%), 22,5 Aufstiegschancen am Arbeitsplatz, und kommen damit erstmals in die Nähe der Gründe, die für die EU am Fremdspracherwerb wohl wichtig sind.

Meistens gelernt oder verbessert werden die Sprachkenntnisse in weiterführenden höheren Schulen (59%) und im Auslandsurlaub (20%). Schließlich wurden noch zur Bedeutung, die den Fremdsprachen zukommt, Daten erhoben, indem Aussagen zur Bewertung vorgelegt wurden: 71% der befragten EU-Bürger finden, dass „jeder eine weitere europäische Sprache beherrschen sollte“, und dass dies Englisch sein sollte (kein Durchschnittswert angegeben, Werte schwanken zwischen 82% in den Niederlanden und 58% in Finnland). Weitere Aussagen waren:

- „Die Erweiterungen bedeuten, dass wir unsere eigenen Sprachen mehr schützen müssen“: 63%;
- „Die Möglichkeiten zum Sprachenlernen sind in meiner Umgebung gut“: 40% (Eurobarometer 2001).

An diese Erhebungen bezüglich Ist- und auch schon Soll-Zustand basierend ließen sich folgende Ziele der EU-Sprachenplanung formulieren:

- Lebenslanges Lernen: „Muttersprache plus zwei weitere Sprachen“ von frühester Jugend an;
- Förderung des Sprachunterrichts;
- Eine sprachenfreundliche Umgebung schaffen.

Daran knüpfen sich folgende Programme und Maßnahmen:

- *Jahr der Sprachen 2001* und *Europäischer Tag der Sprachen* (seit 26.9.2002 einmal im Jahr);
- Förderung der (rezeptiven) Mehrsprachigkeit: Europass Sprachenpass, EUROCOM (Brückensprachen);
- Mobilitätsprogramme: Leonardo, Sokrates (Tempus, Erasmus Mundus etc.).

Das Europäische Jahr der Sprachen 2001 (EJS) wurde von der EU und dem Europäischen Rat organisiert, 45 (europäische)¹ Länder nahmen daran teil und bemühten sich das Bewusstsein für die Notwendigkeiten und Vorteile der Mehrsprachigkeit zu fördern. Nur zwei Details sollen die Größenordnung des Projekts verdeutlichen: es gab 200 Einzelprojekte und die Kosten beliefen sich auf fast 20 Mio. Euro. Laut Selbsteinschätzung der Kommission hat das EJS seine Zielsetzungen mehr als erfüllt.² Der Europäische Tag der Sprachen steht seit 2002 im Zeichen zahlreicher Einzelprojekte, jedoch nicht eines jährlich wechselnden Gesamtthemas. Vielmehr sind jedes Jahr die gleichen Themenkomplexe vertreten: Sprach(en)bewusstsein – Mehrsprachigkeit und linguistischer Pluralismus – Lebenslanges Lernen. Es handelt sich also um die mittlerweile schon recht vertrauten allgemeinen Ziele der EU-Sprachenpolitik, soweit sie die EU-Bürger betrifft.³ Der Sprachenpass ist gleichzeitig ein Teil des Europass sowie des Sprachenportfolios des Europäischen Rates (der in 44 Staaten anerkannt wird)⁴. Er dient der Selbstdokumentation der Sprachenkenntnisse mit dem Ziel der größeren Transparenz und Vergleichbarkeit im Geltungsraum (von im Vergleich zum dem des Sprachenportfolios von nur 31 Staaten), und damit wieder dem Zweck, die Mobilität der Menschen zu erhöhen.⁵ EUROCOM ist schließlich eine Initiative, die nur auf rezeptives Erlernen von Sprachen abzielt, also Lese- und Hörverständnis. Es gilt eine Sprache pro Sprachfamilie als Brückensprache zu erschließen, etwa Slowakisch für die slawischen Sprachen.

Unter den Mobilitätsprogrammen letztendlich sind zwei große Gruppen zu nennen: LEONARDO und SOKRATES. LEONARDO (1. Phase von 1995-1999, 2. Phase bis 2006 zur Implementierung) ist für lebenslanges Lernen und Mobilität am Arbeitsplatz gedacht: *the key objective of supporting the development of policies and innovative action in the Member States, by promoting projects in the context of transnational partnerships which involve different organisations with an interest in training.*⁶

¹ Diese hohe Anzahl ist nur durch die Einrechnung von Ländern zu erklären, die kulturell zu Europa gerechnet werden, wie Armenien, Aserbaidschan und Georgien, die Mitglieder des Europarats sind, aber geographisch zu Asien gehören.

² http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/awareness/year2001_de.html (4. April 2005).

³ Siehe www.ecml.at (8. September 2005).

⁴ Es gilt in 44 Staaten, basiert auf dem Referenzrahmen für Sprachkompetenzniveaus, und besteht aus drei Teilen: Sprachenpass, Sprachenbiografie und Dossier.

⁵ Siehe: <http://europass.cedefop.eu.int/europass/home/vernav/Europass+Documents/Europass+Language+Passport/navigate.action> für die Download-Materialien etc. (4. April 2005), und http://europass.cedefop.eu.int/img/dynamic/c494/cv419_en_US_decision_1_39020041231de00060020.pdf für die rechtlichen Grundlagen (6. September 2005).

⁶ http://europa.eu.int/comm/education/programmes/leonardo/old/leonardo_old.html (4. April 2005).

SOKRATES, dessen erste Phase von ebenfalls von 1995 bis 2000 dauerte, steht ganz im Zeichen der Zusammenarbeit in allen Bildungsbereichen (teilweise auch über EU-Europa hinausgehend) sowie der Mobilität. Es umfasst die folgenden Aktionen oder Untergruppen:

- COMENIUS für Primär- und Sekundärbildung;
- ERASMUS zur Förderung der Zusammenarbeit im Hochschulbereich;
- GRUNDTVIG ebenfalls (wie LEONARDO) zur Unterstützung von lebenslangem Lernen im Beruf durch transnationale Kooperationen und Lehrermobilität;
- LINGUA zur Förderung und Wahrung der sprachlichen Vielfalt innerhalb der EU;
- MINERVA mit dem Ziel, offenes Lernen, distance learning und e-learning zu fördern;
- TEMPUS für die Zusammenarbeit im Hochschulbereich, auch mit Nicht-EU Ländern;
- ERASMUS MUNDUS mit dem Schwerpunkt Masterprogramme; es soll die internationale Bekanntheit der europäischen Hochschulbildung fördern.

Man stellt sich nämlich angesichts des Reichtums der Maßnahmen, die die EU ins Leben gerufen hat, die Frage, was denn das tatsächliche Interesse einer wirtschaftlichen bzw. politischen Union an einer großen Menge von Unionsbürgern hat, die Fremdsprachen entweder gut oder zumindest mehrere davon beherrschen. Als Eigeninteresse kann wohl die Vergrößerung des Beamtenpools (also auch der für den Sprachendienst verfügbaren!) angenommen werden, oder aber ganz im Gegenteil die Senkung der enormen Kosten für den Sprachenservice. Allerdings bezweifle ich, dass die Sprachförderungsprogramme zumindest mittelfristig günstiger sind: Leonardo und Sokrates kosten zusammen pro Jahr 30 Mio Euro.¹

Gründe, die der Aktionsplan „Promoting Language Learning and Linguistic Diversity“ für 2004-06 selbst nennt, sind, dass sich die Union zu einer wettbewerbsfähigen Wissensgesellschaft, und auch einen stärkeren Unternehmergeist entwickeln soll. Diese und andere wirtschaftliche Ziele der EU lassen sich, so argumentiert die Kommission an die anderen Institutionen gerichtet, am besten mit guter Sprachausbildung erreichen. Wie nun die sprachpolitische Zukunft innerhalb und außerhalb der EU-Organen, basierend auf all diesen oben geschilderten Maßnahmen, aussehen könnte, soll im nächsten Kapitel erörtert werden.

5. DIE (SPRACHENPOLITISCHE) ZUKUNFT DER EU

Die Zukunft ist nicht eine neuerliche babylonische Sprachverwirrung, auch wenn manche Stimmen (vorzugsweise aus dem Economist²) eine solche Situation, zumindest für den Brüssel-Außenseiter orten; allerdings gilt, dass „*For reasons of principle, legal acts and important documents should continue to be translated into the official languages of all member states. To ensure effective communication, pragmatic solutions will have to be found by each of the institutions*“.³

¹ „Promoting Language Learning“: 5.

² Dass dieses Bild schon vor fast 15 Jahren mit dem Zustand der Arbeits- und Amtssprachen in der EU assoziiert wurde zeigt der Titel des Artikels von Fettes 1991: „Europe's Babylon: Towards a single European language?“. Aktuellere Anspielungen finden sich eben in einigen Artikeln aus *The Economist*: „After Babel, a new common tongue“, und „The tower of babble“.

³ European Commission 1992, zitiert nach: Dollerup 1996:32.

Schon zu Beginn der Neunzigerjahre machten derlei pragmatische Lösungen die Runde, wie die folgende Pressemitteilung nahe legt: Dokumente für den kommissionsinternen Gebrauch sollen nur mehr in die drei Arbeitssprachen der Kommission, nämlich Deutsch, Englisch, und Französisch, übertragen werden.¹

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Erweiterung der EU in sprachlicher Sicht parallel zu den politischen Erweiterungswellen. Die neu hinzugekommenen Sprachen jeweils in **Fett**, die problematischen Sprachen in Klammern, sowie die künftigen Erweiterungen in *Kursiv*.

Tabelle 2
EU-Erweiterungen in sprachlicher Hinsicht:
„Three is Company, Twenty is a Crowd“

Jahr	Sprachen	Anzahl
1958	Deutsch, Französisch, Italienisch, Niederländisch	4
1973	+ Dänisch, Englisch (Irish? Gälisch? Walisisch?)	6
1979	+ Griechisch	7
1985	+ Portugiesisch, Spanisch (Katalanisch?, Baskisch?)	9
1995	+ Finnisch, Schwedisch (Österreichisches Deutsch?)	11
2004	+ Estnisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Polnisch, Slowakisch, Slowenisch, Tschechisch, Ungarisch	20
2007 (2010?)	+ Bulgarisch, Kroatisch (? ²)	22 (23?)
2015? oder später?	+ Türkisch (Minderheiten auf türkischem Gebiet – sprachlicher und sonstiger Status?)	24
???? ³	23-24 + ???	????

Der Zustand, den der englische Ausdruck „three is company“ beschreibt, also drei (bzw. vier) Sprachen sind eine (relativ überschaubare) Gemeinschaft, herrschte von der Gründung bis zur ersten Aufnahmewelle 1973. Eine Zeit, in der nur zwei Dolmetscher pro Sprache in den Kabinen saßen, und acht Dolmetscher eine ganze Sitzung abdecken konnten, da nur vier Sprachen (und 12 Kombinationen) bedacht werden mussten.

Mit der ersten Erweiterung 1973 kommen zwei weitere Sprachen hinzu: Dänisch und Englisch. Irisch wird von der irischen Regierung nicht als Amts-/Arbeitssprache eingefordert, so dass nur Verträge und manche Dokumente ins Irische übersetzt werden. Ähnliches gilt für Letzebuergesch (Luxemburgisch), das seit den 1980ern offizielle Sprache Luxemburgs ist. 1979 bzw. 1985 bringen drei weitere

¹ McRae 1996: 12, zitiert nach Phillipson 1998: 106.

² Kroatisch und Kroatien sind deshalb mit Fragezeichen zu versehen, da ja – bedingt durch die Haltung zu kroatischen Kriegsverbrechern – zum Zeitpunkt des Schreibens (September 2005) noch keine Verhandlungen über den Beitritt aufgenommen wurden.

³ Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine weiteren Kandidaten offiziell vorgesehen. Sh. http://europa.eu.int/abc/index_de.htm# (7. September 2005).

Sprachen in die EU, mit Spanisch und Portugiesisch auch zwei international stark vertretene Sprachen (352 Mio. Sprecher bzw. über 180 Mio.), die aber innerhalb der EU zahlenmäßig abgeschlagen hinter den drei Großen liegen und es daher nicht in die Trias der inoffiziellen Arbeitssprachen schaffen. Katalanisch und andere linguistische Minderheiten Spaniens werden auch als Minderheitensprachen der EU geführt. Das Jahr 1995 bringt, wie die Printmedien damals nicht müde wurden zu betonen, mit Finnisch eine neue Sprachfamilie in die EU, was allerdings für den Sprachenservice vielleicht weniger bedeutsam ist als die Erhöhung um zwei weitere Sprachen, also auf 11, und damit 110 Kombinationen. Der Status des österreichischen Deutsch ist bis heute linguistisch umstritten, so dass es nicht verwunderlich ist, dass die Union diese Variante (die vielleicht oder vielleicht doch kein eigener deutscher Standard ist) zwar nicht offiziell als Amtssprache, die sich vom bundesdeutschen Standard unterscheidet, anerkennt, aber sehr wohl einige sprachliche Ausdrücke für schützenswert hält.¹

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, seit 2004, ist die EU mit 20 Sprachen bei 380 möglichen Kombinationen angelangt, und hat drei neue Sprachfamilien hinzugewonnen: slawisch, baltisch, und mit Maltesisch eine semitische Sprache. Die finno-ugrische Sprachfamilie wird ebenfalls durch Estnisch verstärkt.² Damit sind nun 380 Kombinationen möglich, und die Entwicklung wird sich noch weiter fortsetzen, wenn die Gespräche mit den momentanen offiziellen Aufnahmekandidaten erfolgreich sind, und könnte bei 552 Kombinationen von 24 Sprachen in zehn Jahren einen vorläufigen Höhepunkt erreichen.

Auch wenn die geographischen Grenzen Europas von der EU noch lange nicht erreicht sind, mit 20 Sprachen scheinen die Grenzen der Manövrierbarkeit erreicht, auch in rein räumlicher Sicht (z.B. wie die zunehmende Anzahl der Übersetzerkabinen architektonisch in die Sitzungssäle zu integrieren sei) – vorausgesetzt, sie hält sich an die offizielle Regelung mit 20 Amts- oder Arbeitssprachen. Die zuvor zitierte Aussage der Europäischen Kommission von 1992 zeigt sehr schön das Bewusstsein zwischen dem Prinzip des linguistischen Pluralismus und den pragmatischen Zwängen. Interessant ist auch, dass jede einzelne Institution sich hier eine Vorgehensweise überlegen kann und muss: Es wird also keine Gesamtregelung angestrebt, dies scheint politisch viel zu delikat zu sein.

Die folgenden mehr oder minder wahrscheinlichen Zukunftsszenarien³ stehen zur Lösung dieser sensiblen Situation zur Verfügung, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die EU zwar viel Geld in Dolmetschen und Übersetzen investiert, gleichzeitig aber bis heute keine Evaluierung dieser Services durchgeführt, geschweige denn eine explizite Sprachenpolitik formuliert hat:⁴

1. Aufrechterhaltung des Status Quo?
2. „English Only”
3. „English Generally”
4. „Oligophonie”
5. „Polyglotter Dialog”

¹ Vgl. dazu den Artikel über Austriazismen von E. Peschke.

² Der Status des zypriotischen Griechisch wird weiters nicht berücksichtigt.

³ Zusammengefasst nach Ammon 1994, Phillipson, und Kratzer 2001.

⁴ Phillipson 1998:196.

6. „Language of Thy Neighbour“

7. Weitere Alternativen: Kunstsprachen, Latein

Die Fortführung der momentanen Situation ist keine wirkliche Lösung, wird nur als Nachgeben gegenüber den globalen anglophonen Tendenzen gesehen, ohne allerdings offen einzugestehen, dass „*in practice a pecking order is in force, with English and French with the sharpest beaks*“¹, dass diese beiden Sprachen und vor allem Englisch einfach so übermächtig sind in der Hackordnung (um PHILLIPSONS Bild zu verwenden), und Entwicklungen wie Euro-English², Englisch als *lingua franca* in Europa³ u.ä. durch das Festhalten an der offiziellen Vielsprachigkeit kaum mehr aufzuhalten geschweige denn umzukehren sind.

Die zweite Variante („English Only“) ist dann der offizielle, mutigere Entschluss, dass es keine anderen *linguae francae* neben Englisch mehr geben soll. Politisch wird die Entscheidung für Englisch mit der Nähe der EU zu den USA, zur NAFTA und zur NATO begründet. Ein praktischer Vorteil wäre, dass Übersetzen überflüssig wird, und Dokumente nur mehr auf Englisch erforderlich wären. Dagegen spricht, dass Englisch innerhalb der EU nicht die meistgesprochene erste Sprache ist. Auch sprechen nicht alle Abgeordneten Englisch (gut genug), woraus als psychologische Konsequenz entstehen kann, dass viele Beamte und Politiker „sagen, was man kann, nicht was man sagen will“. Die diesbezüglichen Eurobarometer-Ergebnisse scheinen dieses Phänomen zu bestätigen: Englisch ist eine *Wunschsprache* für 2/3 der EU-Bürger, und wird nicht tatsächlich von 2/3 der Bevölkerung auch nur einigermaßen gut gesprochen. Es ist auch fraglich, ob die Verwendung nur einer Sprache die Integration innerhalb der EU tatsächlich beschleunigen kann.⁴

„English generally“ ist dem vorigen Szenario ähnlich, mit dem Unterschied, dass es weitere *Lingua francae* nach wie vor zulässt. Die Oligophonie als vierte Möglichkeit, also ein Trilingualismus der drei „mächtigsten“ Sprachen mutet mit seinem Verbot, in den Unionsgremien in der jeweiligen Muttersprache zu reden, zwar kurios an, ist aber dazu geeignet, das Bewusstsein für die Ungleichheit zwischen englischen und französischen Muttersprachlern und den Nicht-Muttersprachlern, die wie selbstverständlich in diesen beiden Sprachen reden sollen, zu schulen.

Die folgenden beiden Varianten gehen eigentlich über den Amtsgebrauch hinaus: Bei der fünften soll das Ziel angepeilt werden, dass jeder Europäer (also auch die Englischsprachigen) eine (zweite) Sprache für die internationale Kommunikation beherrschen soll, während „*language of thy neighbour*“ den Regionalismus der EU sprachlich unterstützen soll und einem schon bestehenden Trend Rechnung trägt: in den Grenzgebieten zu Österreich (und Deutschland) sind Deutschkenntnisse in Tschechien und Ungarn höher als im jeweils restlichen Staatsgebiet.

¹ Phillipson 1998: 105.

² Vgl. für Eigenschaften von EUROSPEAK „The tower of babble“, und für linguistische Charakteristika, die sich unter Einfluss anderer Sprachen in Brüssel herausbilden: Alexander 1999.

³ Vgl. Jenkins und Seidlhofer 2001, die sich vor allem mit dem phonetischen Inventar von ELFE (English as a *lingua franca* in Europe) beschäftigen.

⁴ Siehe auch „After Babel, a new common tongue“.

⁵ *oligos* (griechisch) heißt ursprünglich „wenig“.

Der Einsatz von Kunstsprachen wie Esperanto¹ und Volapük oder von „toten“ Sprachen wie Latein in den offiziellen Organen klingt zugegebenermaßen utopisch; immerhin wurde aber 1974 Latein als offizielle Sprache vom Europäischen Parlament schon einmal ernsthaft erwogen (wenn auch letztendlich abgelehnt). Diese Variante eliminiert wiederum den Vorteil, den Muttersprachler bei den lebenden *linguae francae* Englisch und Französisch haben, stößt aber daher auch vor allem bei den Anglophonen auf Widerstand.

Was halten nun die „Insider“, die Beamten der EU-Organe für am wahrscheinlichsten, wenn es um die Frage der Amts- und Arbeitssprachen geht? SCHLOßMACHERS Studie gibt auch darüber Aufschluß. Er holte die Reaktion von Abgeordneten des EU-Parlaments und EU-Beamten zu folgender Aussage ein: Bei einer Erweiterung der EG² müssen die Amtssprachen der neuen Mitgliedsländer Amtssprachen der EG werden.³

49% der Abgeordneten bzw. 41% der Beamten nahmen mit „Ja“ dazu Stellung, 31% bzw. 46% lehnten diese Aussage ab. Diejenigen, die eine Neuordnung der Sprachpraxis vertraten, waren also noch in der Minderheit, wobei aber auch die Beibehaltung der bisher üblichen Praxis keine Mehrheit fand.

Auf die offene Frage, was denn statt der bisher praktizierten Methode getan werden sollte, wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Reduzierung der Amtssprachen: Abgeordnete 70%, Beamte 47% der Nein-Stimmen der vorigen Frage)
- Einführung offizieller Amtssprachen erster/zweiter/dritter Wahl (letztere nur mehr für Dokumentation, nicht zur tatsächlichen Kommunikation): Abgeordnete 30%, Beamte 53%.

Es wurden am häufigsten Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch genannt, wobei es von 1-Sprache- bis 4-Sprachen-Lösungen alle Varianten gab, mit funktionaler Auswahl, d.h. je nach Gebrauch (schriftlich-mündlich, bilaterale-multilaterale Treffen etc.⁴ Dessen ungeachtet dauert der kritisierte Zustand bis heute an.

6. CONCLUSIO: (VERMEINTLICHE) WIDERSPRÜCHE

Dieser Widerspruch (Dilemma zwischen Unpraktizierbarkeit und gleichzeitiger Beibehaltung der theoretischen Gleichheit aller Sprachen) und andere kennzeichnen durchgehend die Haltung der EU zu Sprachenpolitik und -planung, wobei man eher von Nicht-Planung sprechen möchte, wenn man sich vor Augen hält, dass einerseits allen Beteiligten und Betroffenen (siehe die oben zitierten Antworten) klar zu sein scheint, dass eine un gelenkte Erweiterung des Sprachenrepertoire gemäß der Gleichsetzung von Amts- und Arbeitssprachen nicht möglich sein wird, ja jetzt schon längst nicht mehr praktikabel ist. Andererseits wird das Motto des linguistischen Pluralismus weiter hochgehalten: zunächst, weil es dem Diversitätsanspruch der EU auf vielen anderen Ebenen (etwa „Europa der Regionen“) entspricht, und weiters, weil eine offizielle und verbindliche Reduktion auf eine oder

¹ Vgl. dazu Fettes 1991, der für Esperanto als Lösung eintritt.

² Datenerhebung Mitte der Neunzigerjahre, daher noch EG, Anm. d. Autorin.

³ Schloßmacher 1997: 162.

⁴ Schloßmacher 1997: 162, 165.

einige wenige Arbeitssprachen politisch nie mehrheitsfähig zu sein scheint, um sie unter irgendeiner Präsidentschaft in Angriff zu nehmen. Andere politisch wichtigere Entscheidungen könnten durch eine scheinbare Benachteiligung eines Landes, seiner EU-Parlamentarier oder Kommissäre durch die Abwahl der betreffenden Sprache gefährdet werden.

Dass dieser Widerspruch „hier linguistischer Pluralismus – da Realität (Kosten, Ressourcen)“ weit von einer Lösung entfernt ist, liegt möglicherweise auch in der Natur der Europäischen Union begründet: Sie ist eben eine pragmatische Institution, mit wirtschaftlichen und letztlich politischen Zielen vor Augen, und nicht primär kulturellen Fragen gewidmet. Nichtsdestotrotz werden Sprache und Sprachen (und auch Kultur/en) als Symbol und Mittel zur Vereinheitlichung der Union begriffen, was den großen Aufwand erklärt, mit dem der Sprachenapparat in den Institutionen aufrechterhalten wird. Die Gleichheit aller Mitgliedsstaaten im Spiegel ihrer Sprachen soll demonstriert werden, was letztlich einer Trennung in Amtssprachen und Arbeitssprachen entgegensteht. De facto findet aber diese Trennung inoffiziell und geleitet von pragmatischen Überlegungen ohnedies schon statt. Sie wird auch nicht immer von den Vertretern der großen Mitgliedsstaaten propagiert: so verzichteten schon 1987 während des dänischen Ratsvorsitzes die dänischen Minister gewissermaßen freiwillig auf das Recht, ihre Sprache in den Sitzungen zu verwenden, indem sie Englisch als Sitzungssprache wählten und ohne dänischen Dolmetscher arbeiteten.

Gleichzeitig, während innerhalb der Organe die Tendenz zur Reduktion, die auf Improvisation basiert, bemerkbar ist, wird außerhalb der Institutionen ebenfalls das Ziel der Zwei- und Mehrsprachigkeit der EU-Bürger (mit Ausblick auf ein weiteres EU-Motto nämlich der Freizügigkeit nicht nur von Waren, sondern auch von Menschen) verfolgt, ebenfalls mit großem Sachaufwand. Auf der Ebene der Gesamtunion entspräche dies freilich einer Erweiterung des Sprachenrepertoires. Wir haben hier also gegenläufige Bewegungen, mit allerdings fast dem gleichen Ziel.

Die EU zeigt mit ihrem allgemeinen theoretischen Bekenntnis zur Sprachenvielfalt und der sorgsam Vermeidung von genauen Regeln für die Umsetzung dieses Bekenntnisses¹ letztendlich zweierlei: Sprache ist ihr wichtig, aber nicht so wichtig, um – wie in der Landwirtschaft – genau ausformulierten Bestimmungen unterworfen zu werden (und im Grunde genommen wäre eine Sprache auch nicht so exakt und leicht zu vermessen wie ein x-beliebiges Agrarprodukt). Die EU demonstriert aber auch mit ihrer Sprachenpolitik, also im verhältnismäßig Kleinen und Peripheren, was sie im Großen (etwa bei der Durchsetzung einer oder vielmehr der EU-Verfassung) verabsäumt: zu handeln, bevor das Provisorium nicht mehr lenkbar ist.

LITERATURVERZEICHNIS

„After Babel, a new common tongue“ *The Economist*, 5. August 2004.

„I understand, up to a point“ *The Economist*, 2. September 2004.

¹ Nicht, dass es etwa an Vorbildern auf nationaler Ebene innerhalb, aber auch außerhalb der EU mangeln würde. Phillipson (1998: 107) zitiert die Niederlande und Frankreich, aber auch Australiens National Policy on Languages als mögliche Vorbilder.

- „Regional and minority languages in the new Member States” (2004)
http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/languages/langmin/euromosaic/synthesis_en.pdf (8. April 2005).
- „The galling rise of English” *The Economist*, 27. Februar 2003.
- „The tower of babble” *The Economist*, 31. Juli 2003.
- ALEXANDER, RICHARD J. (1999): „Caught in a global English trap, or liberated by lingua franca? Unravelling some aims, claims and dilemmas” in Gnutzmann, Claus, ed. (1999): *Teaching and Learning English as a Global Language. Native and Non-Native Perspectives* (Tübingen: Stauffenberg), 23-40.
- AMMON, ULRICH (1994): „The Present Dominance of English in Europe. With an Outlook on Possible Solutions to the European Language Problems” *Sociolinguistica* 8, 1-14.
- AMMON, ULRICH, KLAUS J. MATTHEIER, und PETER H. NELDE, Hrg. (2001): *Verkehrssprachen in Europa – außer Englisch*. sociolinguistica. Internationales Jahrbuch für Europäische Soziolinguistik 15 (Tübingen: Max Niemeyer).
- BERNS, MARGIE (1995): „English in the European Union” *English Today* 11:3, 3-11.
- BUSCH, BRIGITTA und RUDOLF DE CILLIA, Hrg. (2003): *Sprachenpolitik in Österreich* (Frankfurt: Peter Lang).
- COULMAS, FLORIAN, Hrg. (1991): *A Language Policy for the European Community* (Berlin: de Gruyter).
- DOLLERUP, CAY (1996): „English in the European Union” in Hartmann, Reinhard, Hrg. (1996): *The English Language in Europe* (Oxford: Intellect), 24-36.
- Eurobarometer (2001): „Die Europäer und die Sprachen: Eurobarometer-Bericht 54”
http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/languages/barolang_de.pdf (5. April 2005).
- Europäisches Parlament – Sprachen:
http://www.europarl.eu.int/language/default_de.htm (24.2.2005; 8.4. 2005: noch nicht in allen 20 Sprachen verfügbar).
- Europass (2005): „For better transparency of qualifications and skills”
http://europa.eu.int/comm/education/programmes/europass/index_en.html (4. April 2005).
- FILZMOSER, BARBARA (2002): „Sprache und Macht – Französisch in der Europäischen Union” Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.
http://en.wikipedia.org/wiki/EU_directive (7. September 2005).
http://europass.cedefop.eu.int/img/dynamic/c494/cv419_en_US_decision_1_39020041231de00060020.pdf (6. September 2005).
- http://europa.eu.int/comm/education/index_de.html (4. April 2005)
- http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/awareness/year2001_de.html (4. April 2005).
- http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/doc/rap_de.pdf (4. April 2005).
- http://europa.eu.int/comm/education/programmes/leonardo/old/leonardo_old.html (4. April 2005).
- http://www.europarl.eu.int/guide/search/docsearch_de.htm (7. September 2005).
- <http://law.web-tomorrow.com/twiki/bin/view/Main/EULaw> (7. September 2005).

- JENKINS, JENNIFER und BARBARA SEIDLHOFER (2001): „Bringing Europe's lingua franca into the classroom” Guardian Unlimited 19.April 2001.
<http://www.guardian.co.uk/Archive/Article/0,4273,4172551,00.html>. (28. Mai 2002).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003): *Aktionsplan Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt 2004-2006*
http://europa.eu.int/comm/education/doc/official/keydoc/actlang/act_lang_de.pdf
 (24.2.2005).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften Euromosaic-Studie 1992-2004:
http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/languages/langmin/euromosaic/index_en.html (7.April 2004).
- KRATZER, ELMAR (2001): „A Common Language for a Common Market? The Status of English as a Lingua Franca in Europe with Special Reference to Business and Tertiary Management Education” Unveröffentlichte Diplomarbeit, WU-Wien.
- LABRIE, NORMAND und CARSTEN QUELL (1997): „Your language, my language or English? The potential language choice in communication among nationals of the European Union” *World Englishes* 16:1, 3-26.
- MCRAE, K.D. (1996): „The language policy of the European Union in a changing international environment” Unveröffentlichtes Manuskript. Carlton Universität, Ottawa.
- PHILLIPSON, ROBERT und TOVE SKUTNABB-KANGAS (1997): „Linguistic human rights and English in Europe” *World Englishes* 16:1, 27-43.
- PHILLIPSON, ROBERT (1998): „Globalising English: Are Linguistic Human Rights an Alternative to Linguistic Imperialism?” *Language Sciences* 20:1, 101-112.
- PHILLIPSON, ROBERT (2001): „Principles for a Supra-national EU Language Policy” Konferenzvortrag (*L'Europe parlera-t-elle l'anglais demain?*) gehalten am Goethe-Institut Bordeaux, 3. März 2001.
- „Promoting Language Learning and Linguistic Diversity: An Action Plan 2004-2006” http://europa.eu.int/comm/education/policies/lang/policy/index_en.html
 (4. April 2005).
- SCHLOßMACHER, MICHAEL (²1997): *Die Amtssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft* (Frankfurt: Peter Lang).
- SPOLSKY, BERNARD (2004): *Language Policy*. (Key Topics in Sociolinguistics) Cambridge: Cambridge University Press.
- TRUCHOT, CLAUDE (1999): „Les langues européennes des territoires nationaux aux espaces globalisés. Observations sur les effets linguistiques de la mondialisation en Europe” <http://www.telug.quebec.ca/diverscite/entree.htm> (Status: 4. Oktober 2004).
- TRUCHOT, CLAUDE (2003): „The linguistic influence of the European Union” in Maurais, Jacques und Michael A. Morris, Hrg. (2003): *Languages in a Globalising World* (Cambridge: Cambridge University Press), 99-110.